

SOZIALE ARCHITEKTUR

Integrationsmaschine Stadt



VON KONRAD HUMMEL

Dr. Konrad Hummel war bis zu seiner Pensionierung als Konversionsbeauftragter der Stadt Mannheim tätig. Seine Hauptaufgabe war die Entwicklung großer ehemaliger US-Militärflächen innerhalb der Stadt zu neuen Wohnquartieren unter Beteiligung von Bürgerschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft.
www.konversion-mannheim.de

Die soziale Stadt zeichnet mehr aus als preiswerten Wohnraum. Entscheidend für eine humane Urbanität ist ein gelungener Mix aus zahlreichen weiteren Faktoren, von der Kultur bis zur Bürgerbeteiligung.

Es geht beispielsweise um Barrierefreiheit, normative Vielfalt, Bildungschancen in segregierten Vierteln, völlig divergente zivilgesellschaftliche Strukturen, prekäre Sicherheiten im öffentlichen Raum.

Die »soziale Architektur einer Stadt« steht für eine Stadt, in der das Leben ein Zuhause findet. Es ist die Raum- und Gebäudegestalt einer Stadt, die sich nicht in Funktionalität, Ästhetik, Behausung oder Rentabilität erschöpft. Sondern die der Urbanität einen hohen Stellenwert einräumt. Urbanität als die zivilisatorische Errungenschaft dichten Zusammenlebens durch Arbeitsteilung und Vielfalt, Differenz und Indifferenz, Toleranz und Höflichkeit. Gleichermäßen im öffentlichen und privaten Raum unterstützt die Architektur diese Urbanität.

Die Lebenskultur spiegelt in allen Details, von der Wohnküche, den intimen Räumen bis zur Tür und Fenstergestaltung, der Platzausstattung bis zum Proporz der Geh- und Straßenwege solche Architektur. Der öffentliche Raum »spricht« seine Sprache der Aufforderung, Versammlung oder Würdigung, das Wohnumfeld »adelt« oder »brandmarkt« das vermeintlich individuelle Wohnen. So können Innen- und Wohnhöfe Rückzugs- oder Erlebnisorte sein; so können Pflegeheimbäder und Flure mehr aussagen über die dortige Lebenskultur als der Wohnraum.

Zusammenleben prägt Raum- und Platzgestalt

Der Begriff der »Europäischen Stadt« ist eine Definition sozialer Art – sie besagt,

wie wichtig der Mix der Gewalten (Rathaus, Kirche) des Handels und Wandels (Markt, Industriegebiet) und der Mobilität (Straßen, Bahnhöfe, Stellplätze) ist.

Die Reduzierung der sozialen Architektur auf bezahlbaren Wohnraum ist paradox: In der Konsequenz kann es zur Segregation beitragen durch einfache Wohnblocks, die den Menschen weder Vielfalt ermöglicht noch abverlangt, sondern Versorgung zur Maxime macht. Soziale Architektur ist auch nicht auf den Bau von Sozialeinrichtungen zu reduzieren, weil weder eine Schule noch ein Kinderheim per se gesellschaftlich urban ausgerichtet sind – oft sogar nur »Lernfabriken«, optimierte Schülerstandorte.

Das Bemühen, auch in den Einfamilienhaussiedlungen, die Alexander Mitscherlich schon Ende der fünfziger Jahre scharf kritisierte, etwa durch »soziale Gärten« oder niedrigere Heckenzäune zur sozialen Architektur der Stadt beizutragen, sind selten mehr als ein Alibi. Die Dienstleistung durch Architektur kann je nachdem zur urbanen Begegnung und Auseinandersetzung, Anreicherung und Arbeitsteilung beitragen oder sie erschweren.

In einem weiteren Sinne kann »soziale Architektur« quasi hybrid als raumloses Ordnungsmuster verstanden werden, wie sich Stadtentwicklung zusammensetzt, »konfiguriert«. Dann wären es eher die Bausteine und Instrumente der Stadtent-

wicklung: Welche Spielregeln kommen zur Anwendung, zieht eine Stadt Vorkaufsrechte, weist sie Sanierungen aus?

Analog den »Gesetzen« der Statik und des Baugesetzbuches kann die Architektur einer Stadt ein vom realen Bauges-

greifen), sondern sie sind Teil der Planungsentwicklung und damit auch in der Pflicht – und die beteiligten Bürgerinnen und Bürger kommen früher oder später in dasselbe Dilemma wie gewählte Stadträte.

»Das Wohnumfeld ›adelt‹ oder ›brandmarkt‹ das vermeintlich individuelle Wohnen«

schehen dominiertes Bild sein, wie sich Stadt mischt, Interessenausgleich herbeiführt. Wie sie öffentliche und private Machtverhältnisse »austariert«- also eine der Governance verpflichtete Stadtentwicklung, die nicht (mehr) von »oben runter« Stadt plant, dafür umso härter Regelwerke umsetzt.

Wer den Begriff so benutzt, muss eine klare Vorstellung haben von eben dieser »idealen Stadtgestalt« und realistischen Regelwerkinstrumente. In einer Stadt etwas »gegenzusteuern« oder etwa »Gentrifizierung« zu vermeiden, setzt voraus, wofür man ist, setzt also beispielsweise eine Vorstellung voraus, wie viel reichere oder wohlhabendere Bürger oder bildungsnähere Gruppen die Stadt irgendwo haben will – auch dieses erschließt sich nicht von selbst.

Die Folgen vieler Umschichtungsprozesse zeigen sich oft nicht in der Wohnungspolitik, sondern in der Zusammensetzung von Schulklassen im Quartier und damit den Bildungschancen oder der Kaufkraft und damit dem Einzelhandel. Insoweit »sieht« man die soziale Architektur oft nicht an den Gebäuden, kann sie aber messen und meist fühlen.

Und die aktive Moderationsgestaltung der Stadt braucht ein multidimensionales Verständnis wie Zivilgesellschaft, Verwaltung und Investoren »ticken«. Sie in einer »Arbeitsgruppe« zusammenzuführen, garantiert noch keinen Erfolg, weil jede Seite ihre Logik der Planung, der Wertschätzung, der Transparenz, des Tempos oder der Legitimation hat.

Auch das Verständnis von Bürgerbeteiligung ändert sich in der Folge solcher »sozialer Architekturgestaltung« governancorientierter Stadtentwicklung: Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht an Planungen der Stadt zu »beteiligen« (informieren, anhören, Anregungen auf-

Auch der Umgang mit Investoren verschiebt sich weg vom Antragsteller zum Mitgestalter – und alle zusammen haben ihre liebe Not, alle vorhandenen Interessen überhaupt wahrzunehmen, formuliert zu bekommen und auszugleichen.

Von besonderer Wichtigkeit ist es, dass »soziale Architektur« keinen still und leise alles koordinierenden Architekt kennt, sozusagen den interessenfreien Gesamtplaner, den Experten reiner als ein Bürgermeister ..., sondern ist ein Konstrukt, ein Kollektiv unterschiedlicher Rollenträger.

Individuelle und raumbezogene Ungleichheiten

Viele regieren bei der Stadtentwicklung mit. Neben Parteien und privatwirtschaftlichen Akteuren sind es die Folgewirkungen nationaler und gesetzgeberischer Politik: Einkommens(un)gleichheiten, Armut, Sicherheit oder Bildungsgerechtigkeit werden in Arbeitsmärkten oder landespolitischen Strategien determiniert. Kommunal und lokal werden die Folgen relevant und sind zu diskutieren.

Hier verwandelt sich individuelle Ungleichheit in strukturelle raumbezogene Ungleichheit.

Die Stadt bildet unter dem Druck der Verhältnisse ungleiche Quartiersentwicklungen aus, zieht vermeintlich unsichtbare Grenzen der Parallelgesellschaften und damit sofort ihrer Lebenskulturen, Schulausstattungen und u. a. ihrer Grün- und Radwegequalitäten.

Brennpunkte sind entstanden und konnten über zwanzig Jahre auch mit Millionen Stadtsanierungsmitteln bestenfalls gemildert, aber nicht gewendet werden. Es sind Vielfaltsquartiere entstanden, deren Merkmal nicht mehr Ein-

kommensunterschiede, sondern sozio-kulturelle ethnische Vielfalten sind. Dort finden sich Kreative und Studenten bei Migranten, Zuwanderern und Rentnern; »Klein«bürger und Mittelschichtangehörige setzen sich ab in den »etablierteren« Quartieren; einkommensstarke Gruppen dominieren Innenstadtlofts und Randgebiete.

Was bedeutet »soziale Architektur« in diesem Falle der so realisierten Städteentwicklung? Um im Bild zu bleiben: Wie viel Unterschiede, Spaltungen, Segregation verträgt ein Haus, damit es noch ein gemeinsames Haus ist?

Und welche Mechanismen, Regelwerke, Bausteine braucht eine Stadtpolitik, um trotz solcher Segregationen noch von »sozial« sprechen zu können? Dass Städte von diesen Spannungen prinzipiell leben und, indem sie es (gewaltfrei) leben, auch genau von dort ihre Urbanität beziehen, ist das Credo aller Stadtsoziologen. Aber unbezweifelbar gibt es ein Maß an raumbezogener Ungleichheit oder auch von »schlecht beheimateter« unterschiedlicher ethnischer Gruppen (Belfast, Sarajewo, Barcelona sind europäische Beispiele), das Urbanität bricht und in mehr oder minder offene Feindseligkeit und Lernunfähigkeit mündet.

Mit dem Begriff »soziale Architektur der Stadt« wäre dann gemeint, solche Verwerfungen wie etwa »Risse in der Wand« frühzeitig zu erkennen und Sanierungsmaßnahmen zu starten, also politische Prozesse einzuleiten, die gegensteuern. Bisher wird dies hauptsächlich als Reparatur verstanden: Schadhafte Teile werden ersetzt, vergleichbar dem Wiederaufbau nach Katastrophen. Dies aber ist in der beschriebenen Entwicklung raumbezogener Ungleichheiten in unseren Städten zu spät.

Vergleichbar den Dimensionen des Klimawandels, der unsere Städte nicht nur reparativ fordert (Klimaanlagen, Dämmung), sondern neue Freiraum- und Baumaterialanforderungen, Mobilitätsfolgen und Arbeitszeitstrukturen von Grund auf ändern wird, sind die sozialen Folgen der Demografie, Heterogenität und Diversität zusammen von gleicher epochaler Wirkung.

Da ist mit einigen sanierten Wohnungen und 30 Prozent bezahlbarem Wohnraum wenig gewonnen, wenn es massenhaft um Barrierefreiheit, normative Vielfalt, Bildungschancengleichheit bei segregierten Vierteln, völlig divergenten zivil-

gesellschaftlichen Strukturen (Vereine, Szenen, Kirchen), prekäre Sicherheiten im öffentlichen Raum geht. Zu allem Überfluss kommt die Digitalisierung der Arbeitswelt hinzu ...

Um in den Bildern der Architektur zu bleiben: In den Städten ist in vielen Fällen »soziale Architektur« im Sinne von Stadtsanierung der bekannten Art, sozialen Ausgleichstransfers, Verbesserung der Rechtsansprüche (Kindergartenplätze) gut gemeint das Gegenteil von richtig. Es verstärkt Ungleichheiten in der Stadt, weil in der Regel von allgemei-

rungsmaßnahmen (darunter der Wiederaufkauf von privaten Liegenschaften etc.) »der Dynamik hinterherhinken«.

Die Logik öffentlicher Verwaltung ist auf »gleiche Entwicklungsbedingungen« gepolt, gleiche Rechtsansprüche entsprechende Ausschreibungs- und Wettbewerbsverfahren. Ein klassisches Beispiel im »sozialen« Bereich ist das Jugendhilferecht, das den Schutz pubertierender Jugendlicher weit entwickelt hat und völlig überfordert ist mit dreizehnjährigen Mehrfachtätern aus Zuwanderungsmilieus.

»Verwaltung, Investoren und Zivilgesellschaft haben ihre je eigene Logik der Planung, der Wertschätzung, der Transparenz, des Tempos und der Legitimation«

nen Verbesserungen der Lebensqualität (z. B. Fahrradwege, Ganztageschulen, digital gesteuerte Müllentsorgung, Autoleasing) die bürgerlichen Viertel zuerst profitieren, liberale Errungenschaften der Stadt frei ausgelebter hedonistisch-experimenteller Milieus an den Nöten vieler in den Vielfaltsquartieren »Party vorbeifeiern« und die klassischen Sanie-

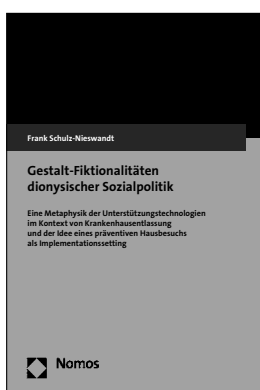
Ferner verstärkt der eindimensional finanzielle Kostendruck der öffentlichen Hand, dass gerade dort Dienste gekürzt werden (Polizei, Schule), wo soziale Auffälligkeitsquoten gesenkt werden (das Paradoxon von Sozialindikatoren), Prävention also »bestraft« wird.

Soziale Architektur einer Stadt macht als schöne Formel nur Sinn, wenn sie die

Nachhaltigkeit stabiler gesellschaftlicher Umgangsformen im Focus hat – keine »gegensteuernden, reparierenden Feuerwehrmaßnahmen«, sondern den Umbau der Städte zu inklusiven Vielfaltsstrukturen, in denen nicht ein einheitliches Versorgungsniveau mit ähnlichen Lebensmilieus der Maßstab der Dinge ist. Notwendig wäre vielmehr eine klare Zielsetzung für mehr Bildungschancengerechtigkeit bei unterschiedlichen Quartiersverhältnissen, Sicherung von öffentlichen Räumen und klimatischen Anforderungen bei höchst divergenten Wohn- und Engagementformen.

Die soziale Architektur der Städte ist weder der Gleichheit noch der narzisstischen Freiheit (»Wer ist die schönste Stadt im Land?«) verpflichtet, sondern der Urbanität, dem spannungsreichen Schmelztiegel von Gesellschaft, der »Integrationsmaschine« Stadt. Ohne diese sind alle sozialstaatlichen Beglückungsmaßnahmen der Staaten nur Kosmetik am globalen Kapitalismus und halten die Illusion vom »Versorgungsvater« Nationalstaat aufrecht. Das mögen die Zutaten sein – gekocht und gegessen wird vor Ort.

Die öffentliche Hand, der Staats- und Stadtapparat hat hier selbst einen Perspektivenwechsel zu leisten: hin zur gezielteren Entwicklung der Urbanität als solcher. Nicht gleiche Lebensbedingungen in den Städten, sondern gleiche Entwicklungschancen in Teilhabe und Bildung könnten messbare Ziele sein. ■



Gestalt-Fiktionalitäten dionysischer Sozialpolitik

Eine Metaphysik der Unterstützungstechnologien im Kontext von Krankenhausentlassung und der Idee eines präventiven Hausbesuchs als Implementationssetting

Von Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt

2019, 77 S., brosch., 26,- €

ISBN 978-3-8487-6270-5

(Studien zum sozialen Dasein der Person, Bd. 33)

nomos-shop.de/43482

Die durch Metaphysik fundierte Analyse behandelt die sozialrechtliche Implementation technischer Unterstützungssysteme im Rahmen des präventiven Hausbesuchs und der Krankenhausentlassung in der Hochaltrigkeit als Ausdruck einer dionysischen Transformationsbereitschaft sozialer Wirklichkeit.



www.nomos-elibrary.de

Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei online unter nomos-shop.de

Bestell-Hotline (+49)7221.2104-37 | E-Mail bestellung@nomos.de | Fax (+49)7221.2104-43

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos